

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846-46 ppbn d



## Inhalt

Robert Pontillon schildert die Aufgaben der EG-Sozialisten vor der ersten Direktwahl zum Europäischen Parlament

Seite 1/2

Gerd Löffler würdigt Kurt Mattick zum 70. Geburtstag.

Seite 3/4

Rudi Walther MdB setzt sich für ein zeitgemäßes Bundesnotaufnahmeverfahren ein.

Seite 5/6

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

33. Jahrgang / 119 /

26. Juni 1975

Die Gemeinschaft muß die Arbeitnehmer ansprechen

-----  
Erste Direktwahl zum Europäischen Parlament aus Sicht der EG-Sozialisten

Von Robert Pontillon  
Vorsitzender des Bundes der Sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft

Die Konferenz, zu der in Brüssel die Verantwortlichen der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft zusammengetreten waren, ist der Beweis für den Reichtum an Solidarität, über den die Mitgliedsparteien verfügen. Der Reichtum liegt besonders im Gewicht der Wähler, die den europäischen demokratischen Sozialismus unterstützen. Die Parteien zählen drei Millionen Mitglieder und vereinigen 70 Millionen Wähler verteilt auf die neun Länder der Europäischen Gemeinschaft.

In der Tat war die Brüsseler Konferenz der Anstoß für die Wahlkampagne, die zum einen gemeinsam auf der Ebene des Bundes zum anderen einzeln von den Parteien in ihren besonderen Kampagnen betrieben werden wird. Wir müssen aus den europäischen Wahlen 1979 einen Erfolg für die Ideen und Ziele machen, die wir gemeinsam im Herzen tragen und die denselben Glauben in die Menschen und denselben Willen für Fortschritt und soziale Gerechtigkeit ausdrücken.

Ganz gleich welche Schwierigkeiten diese Direktwahl aufwirft - und ganz gleich welche Probleme sich uns noch in den Weg stellen werden - wir würden unseren eigenen Idealen und der

Botschaft, deren Erben wir sind, untreu werden, wenn wir nicht einen neuen politischen Anstoß zustande bringen könnten. Das muß ein Aufschwung werden, der den Hoffnungen der Arbeitnehmer in unseren Ländern und der tiefen Solidarität entspricht, die weit über die nationalen Grenzen hinausgeht.

Der römische Vertrag, der die Grundlage der Europäischen Gemeinschaft ist, hat sich wegen seiner wirtschaftlich-liberalen Grundhaltung als unfähig erwiesen, den Herausforderungen der Gegenwart gerecht zu werden und die Vollbeschäftigung in der Gemeinschaft zu sichern. Ebenso hat er nicht ausgereicht zur Bestimmung eines neuen wirtschaftlichen Wachstums beizutragen.

Die bloß negativen Maßnahmen - nämlich die Abschaffung der Hindernisse für den Austausch von Waren haben kein Gegengewicht in anderen politischen Bereichen der Europäischen Gemeinschaft gefunden. Die wichtigste zur Zeit, nämlich die gemeinschaftliche Agrarpolitik stellt hauptsächlich nichts weiter als eine Verlängerung der Zollunion dar. Was nun die europäische Identität angeht, hat sie sich bisher auf der internationalen Ebene politisch und kulturell nicht deutlich darstellen können. Das Ungleichgewicht zwischen den Regionen der Gemeinschaft und auch das Ungleichgewicht zwischen Regionen innerhalb desselben Mitgliedstaates sind allgemein gewachsen. Kurz gesagt: Der Beitrag, den das Europa des Gemeinsamen Marktes zur Verbesserung der Lebensqualität und zur Verstärkung unserer gemeinsamen Unabhängigkeit geleistet hat, ist für seine Bürger nicht deutlich genug, um sie tatsächlich mobilisieren zu können und damit die Arbeitnehmer sich wirklich von dieser Gemeinschaft angesprochen fühlen.

Im übrigen haben die Jahre 1977/78 gezeigt, daß die öffentliche Meinung viel sensibler für die neuen Herausforderungen und die neuen Optionen geworden ist. Ich nenne bewußt, die Herausforderungen, die Inflation und Arbeitslosigkeit heißen. Ihnen kann die Gemeinschaft nicht wirksam entgegentreten, ohne wirklich mit den Wirtschaftspraktiken und den institutionellen Grundlagen zu brechen, die bis heute vorherrschend gewesen sind.

Die Ordnung der Dinge muß verändert werden.

Wir glauben andererseits, daß Europa nur dann aus der gegenwärtigen Krise einen Ausweg finden kann, wenn es sich eine neue Art von Entwicklung zu eigen macht, die auf folgenden Grundlagen basiert:

- einer besseren Strukturpolitik,
- einem größeren wirtschaftlichen Gleichgewicht,
- einer wirklichen Chancengleichheit für alle, die an der Produktion mitwirken.

Das ist der Sinn und der Inhalt, den wir demokratischen Sozialisten dem Begriff Europa der Arbeitnehmer geben.

Die Wahlen vom Juni 1979, erste politische Befragung auf internationaler Ebene in der Geschichte, werden zwangsläufig bivalenten Charakter aufweisen. Ihr nationaler Aspekt geht aus den verschiedenen Wahlverfahren und den spezifischen Eigenheiten der jeweiligen politischen Lage hervor. Den internationalen Aspekt ergeben die Einheitlichkeit der Konsultationen, die Art der Stimmezählung und die Cruppierung der im nächsten Juni zu wählenden Parlamentarier innerhalb einer einzigen sozialistischen Fraktion. Wobei die neue Dimension noch zu erwähnen wäre, die aus der vorgesehenen Mobilisierung auf gesamteuropäischer Ebene der Massenmedien hervorgeht und den Wahlkampf einen glaubwürdigen Gemeinschaftscharakter verleiht.

Wir müssen letzten Endes die lebendige Realität des Euro-Sozialismus gegenüber dem Mythos des Euro-Kommunismus behaupten. Dies ist in der Tat die Realität und der Einsatz des Augenblicks: Auf der einen Seite verharren konservative Kräfte, die sich vor allem an ihren Privilegien festklammern, in der Vergangenheit blicken und Furcht vor Erneuerung und Fortschritt haben. Auf der anderen Seite stehen die Sozialisten, deren Glaube an den Menschen und an den Fortschritt intakt geblieben ist, und die in ihrem sozialistischen und demokratischen Ideal den Sinn ihres Lebens und Hoffens finden. Sie belebt den berechtigten Ehrgeiz, ihm mit allen Europäern zu teilen.

(-/26.6.1978/hl/ca)

## Kurt Matticks Weg

-----  
Zu seinem 70. Geburtstag

Von Gerd Löffler

Landesvorsitzender der Berliner SPD

Kurt Matticks Weg in und mit der deutschen Sozialdemokratie ist ein Spiegelbild des Aufstiegs der deutschen Arbeiterbewegung zur politisch bestimmenden Kraft in der zweiten deutschen Republik, aber auch das Spiegelbild der schrecklichen jüngsten Vergangenheit deutscher Geschichte mit allen ihren Verwerfungen, Umbrüchen mit dem zeitweiligen Sieg barbarischer Gewalt über demokratische Zivilisation.

Auf diesem Wege, den eine ganze Generation ging und der für Millionen Menschen zu einem Leidensweg wurde, gab es für jeden Zeitgenossen vielfach Wegkreuzungen an denen er sich entscheiden mußte. Kurt Mattick hat sich immer klar und eindeutig entschieden; wenn es nötig war, kompromißlos gestritten, für das, was er aus sozialdemokratischer Tradition als richtig ansah.

Einige Markierungen an Kurt Matticks politischer Wegstrecke sollen in Erinnerung gerufen werden: Mit 16 Jahren - noch während seiner Maschinenschlosserlehre bei Borsig - stieß Kurt Mattick zur deutschen Arbeiterbewegung. Er wurde Mitglied des deutschen Metallarbeiterverbandes, und am 1. Mai 1924 trat er der sozialistischen Arbeiterjugend bei. Damals war der 1. Mai noch kein gesetzlicher Feiertag. Arbeitern, die an diesem Tag an den Mai-Feiern der Gewerkschaften oder der SPD teilnahmen, drohte die fristlose Entlassung. Tausende verloren dann auch in den Tagen nach dem 1. Mai 1924 ihren Arbeitsplatz. Wieder einmal kämpfte die deutsche Sozialdemokratie für den Acht-Stunden-Tag, und sie kämpfte um das Vertrauen der Bürger, denn am 4. Mai 1924 waren Reichstagswahlen.

An diesem 1. Mai schrieb Eduard Bernstein den politischen Leitartikel im "Vorwärts". Er stellte die Frage: "Wo steht der Feind"? Ganz gewiß rechts ist sein Hauptquartier - aber nur rechts? Leider nicht. Denn - so Eduard Bernstein - für Kommunisten, Deutsch-nationale und Völkische ist der Hass auf die Republik die Triebfeder ihres Handelns und beide Gruppierungen steuern dabei praktisch auf das gleiche politische Ziel zu: Die Zerstörung der Republik.

Es waren damals zu wenige, die gegen die Zerstörung der Weimarer Republik ankämpften. Die Arbeiterschaft war gespalten, und während der Weltwirtschaftskrise, zu deren Wirkungen auch eine zunehmende Radikalisierung von Teilen der Arbeiterschaft gehörten, drohten weitere Abspaltungen. Im Bezirk Berlin jedoch blieben Abspaltungsversuche nahezu bedeutungslos. Das war der Erfolg einer Reihe junger Sozialdemokraten in der Führung der sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ), zu denen neben Fritz Erler und Kurt Mattick auch Theo Thiele, Eberhard Hesse und Nante Hannemann gehörten. Ihr Ziel war die Erneuerung der Arbeiterbewegung. Als die braune Flut dann mit barbarischer Gewalt hereinbrach und alles freiheitliche und demokratische Wirken zerstörte, bildeten sie die Widerstandsgruppe "Neu Beginnen".

Es ist wohl bittere Ironie, daß Kurt Mattick und Fritz Erler zusammen mit anderen am 11. April 1933 aus der SPD ausgeschlossen wurden, weil die SPD-Führung noch glaubte, durch legalistisches Verhalten die Organisation retten zu können, während diese jungen Sozialdemokraten aus einer richtigen Analyse des Nationalsozialismus sich auf die illegale Arbeit vorbereiteten. Kurt Mattick ging bewußt den Weg in den Widerstand, nahm die Gefahr für die eigene Existenz in Kauf, um unseren Grundüberzeugungen treu zu bleiben. Er hat das nationalsozialistische Regime als Soldat und später als Dienstverpflichteter bei Siemens überstanden. Seine Widerstandsarbeit wurde nicht entdeckt.

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges suchte er die Chance, am zweiten Aufbau der Demokratie in Deutschland mitzuwirken. Kurt Mattick stand in vorderster Linie mit Franz Neumann, Ernst Reuter und - später - Willy Brandt. Seit 1946 war er Mitglied des Berliner Landesvorstandes. Erster Sekretär der SPD-Fraktion und zehn Jahre lang stellvertretender Vorsitzender und Vorsitzender des Landesverbandes Berlin. In den einzigen freien Wahlen in Groß-Berlin erhielt er 1946 das Mandat für die Stadtverordnetenversammlung. Bis 1933 war er Mitglied des Abgeordnetenhauses und bis heute vertritt er Berlin im Deutschen Bundestag.

Unvergessen ist sein Einsatz für die Opfer des kommunistischen Terrors in Berlin während und nach der Blockade. Menschen wurden verschleppt und verschwanden manchmal nach Schauprozessen in den Zuchthäusern der neuen Machthaber. Kurt Mattick hat dagegen leidenschaftlich seine Stimme erhoben. "Ob es sich um eine faschistische Macht handelt oder um eine andere terroristische Macht handelt, darüber wollen wir das Urteil der Weltöffentlichkeit überlassen. Terror hier oder Terror da, faschistisch oder bolschewistisch, es bleibt die Methode, über die demokratischen Einrichtungen durch terroristische Machtbefugnisse, durch Mittel der Gewalt zu herrschen und die demokratischen Rechte im Interesse einer Minderheit abzubauen".

Der konsequente und bedingungslose Kampf gegen jede Gefährdung demokratischer Politik, durch totalitäre Herrschaftsansprüche war genauso kennzeichnend für den Politiker Kurt Mattick wie sein Wirken auf der Grundlage sozialdemokratischer Überzeugung in der Widerstandsbewegung. Er bleibt immer an der Sache orientiert und immer spürt man sein Engagement für die Schwachen - für die, die erleben und erlitten, was es bedeutet, Freiheit entbehren zu müssen. Zusammen mit anderen hat er in führender Position eines Landesverbandes kompromißlos dafür gestritten, daß sich die deutsche Arbeiterbewegung als Partei öffnet, ihre ideologische Geschlossenheit aufgibt und die große linke, auf Veränderung unserer Gesellschaft hinwirkende Volkspartei wird. Er stritt für das Godesberger Programm.

Schließlich und nicht zuletzt hat Kurt Mattick als Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes im Deutschen Bundestag und als Vorsitzender des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen einen wesentlichen Beitrag geleistet zur Einleitung und Festigung der Entspannungspolitik und der Politik des friedlichen Ausgleichs und der Verträge zwischen Ost und West.

An seinem 70sten Geburtstag gilt es Dank zu sagen, Dank für 54 Jahre politischer Arbeit für ein selbstloses Engagement, für Treue zu unseren Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

(-/26.6.1978/vo-he/hl/ca)

+

+

+

## Wider den "befugten Aufenthalt"

Das Bundesnotaufnahmeverfahren sollte geändert werden

Von Rudi Walther MdB

Berichterstatler des Haushaltsausschusses für das Bundesinnenministerium

Das Notaufnahmegesetz vom 22. August 1950, das in der Folgezeit einige Male marginal geändert worden ist, stammt aus einer Zeit, in der es weder Mauer noch Stacheldraht gab und deshalb die Zuwanderung von Deutschen aus der DDR, die "Abstimmung mit den Füßen", ungehindert und in großer Zahl erfolgte. Aus dieser Sachlage heraus war zu verstehen, daß nach § 1 des Gesetzes deutsche Staatsangehörige und deutsche Volkszugehörige, die ihren Wohnsitz oder ständigen Aufenthalt in der sowjetischen Besatzungszone oder dem sowjetischen Sektor von Berlin haben oder gehabt haben, um sich nicht ohne Genehmigung im Geltungsbereich des Gesetzes aufzuhalten, für ihren ständigen Aufenthalt in der Bundesrepublik einer besonderen Erlaubnis bedurften. Insoweit ist die Freizügigkeit nach Art. 11 Abs. 2 GG für die Bundesrepublik eingeschränkt worden.

Nach Bau von Mauer und Stacheldraht haben sich die Verhältnisse grundlegend geändert. Trotzdem erfolgt das Bundesnotaufnahmeverfahren noch immer nach der vor 20 Jahren erfolgten Regelung. Danach müssen alle Zuwanderer aus der DDR, ob legale Übersiedler, Sperrbrecher oder "freigekaufte" politische Häftlinge sich in dem Lager Gießen melden, und dabei eine "besondere Erlaubnis" zum Aufenthalt in der Bundesrepublik beantragen. Über diesen Antrag entscheidet ein dreiköpfiger Ausschuß, der in einer mündlichen Verhandlung neben den Personalien, den Lebenslauf und die Gründe für die Übersiedlung ausführlich erörtern muß. Danach wird den Antragstellern sozusagen "freudestrahlend" mitgeteilt, daß sie sich ab sofort "befugt" im Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) aufhalten.

Vorausgeht eine Befragung durch das Bundesamt für Verfassungsschutz sowie andere ausländische und inländische Geheimdienste. Gerade dieser Teil erfolgt nach meinen persönlichen Eindrücken in einer Art und Weise, die insbesondere politische Häftlinge aus der DDR an "Stasi"-Zeiten erinnern muß. Hier muß nach meiner Überzeugung auch atmosphärisch ein entscheidender Wandel eintreten. Auch die Verteilung der aus der DDR Zugewanderten erfolgt nach § 5 des Gesetzes in einer Art von "Menschenhandel".

Der Bundesinnenminister Gerhart Baum hat mir nunmehr auf meine Beanstandungen mitgeteilt, daß die Notwendigkeit und Bedeutung des Bundesnotaufnahmeverfahrens in den vergangenen Jahren wiederholt Gegenstand der Erörterungen gewesen sei. Dabei sei auch die Problematik der gegenwärtigen Anwendung des im Jahre 1950 unter vollkommen anderen Voraussetzungen geschaffenen Gesetzes deutlich hervorgetreten. Es sei heute unbestritten, daß keine Notwendigkeit besteht, das Bundesnotaufnahmeverfahren mit dem ursprünglichen Zweck beizubehalten, die Aufenthaltserlaubnis für das Bundesgebiet zu erteilen: Alle Deutschen genießen Freizügigkeit und Folgen staatsbürgerlicher Rechte ergäben sich für diese Personen ohne das Bundesnotaufnahmeverfahren nicht.

Dagegen sei die sogenannte Notaufnahme immer noch eine Voraussetzung für die Leistungsberechtigung nach mehreren Kriegsfolgesetzen. Nach wie vor habe eine zentrale Er-

fassung der aus der DDR zuziehenden Deutschen Bedeutung für eine Verteilung auf die Bundesländer und für ihre Betreuung.

Zu meiner großen Genugtuung hat der neue Bundesinnenminister eine Prüfung meiner Anregungen veranlaßt und hofft, zu Regelungen zu gelangen, die den geltend gemachten Bedenken Rechnung tragen, ohne daß es einer Änderung des Gesetzes bedürfe. Ab sofort werde die Äußerung über den "befugten Aufenthalt" im Bundesgebiet nicht mehr gebraucht. Auch lasse er prüfen, ob der Bescheid mit der "Erlaubnis zum ständigen Aufenthalt im Bundesgebiet" eine andere Fassung bekommen könne.

Zum Verfahren selbst werde er auch in Gießen zunächst probeweise eine Regelung einführen lassen, nach der der Antragsteller seine Personalien, Lebenslauf und Gründe für die Übersiedlung nicht mehr vor dem dreiköpfigen Ausschuß, sondern nur noch vor einem jeweils hiermit beauftragten Mitglied des Ausschusses anzugeben brauche. Die Anwesenheit des Antragstellers vor dem Ausschuß solle sich dann nur noch auf Ausnahmefälle beschränken. Eine ähnliche Verfahrensweise strebe er auch bei dem Verteilungsverfahren auf die Länder an, da ein Gespräch mit den Vertretern der Länder nur dort notwendig sei, wo die Aufzunehmenden noch kein Ziel, etwa Verwandte, Freunde oder Arbeitsplatz, im Bundesgebiet haben.

Ich begrüße ausdrücklich, daß der Bundesinnenminister den Anachronismus aus dem bisherigen Verfahren beseitigen will. Ob dies ohne Gesetzesänderung möglich ist, will ich zunächst einmal dahingestellt sein lassen. Sollte sich jedoch herausstellen, daß die Unsinnigkeit des bisherigen Verfahrens ohne Gesetzesänderung nicht möglich ist, sollte der Bundestag nicht zögern, dieses Gesetz so zu reformieren, daß es den heutigen Verhältnissen und auch den Ansprüchen an eine freiheitlich-demokratische Gesellschaft genügt.

Im Übrigen begrüße ich sehr, daß der neue Bundesinnenminister hier, wie offenbar auch an anderen Stellen, zur Entscheidungsfreudigkeit neigt.

(-/26.6.1978/vo-he/ca)